

Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales,
Hubertus Heil und
Herrn Bundesminister der Finanzen, Christian
Lindner

(Nur per E-Mail)

Nachrichtlich:
Bundestagsfraktionen und -gruppen
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Bundesagentur für Arbeit
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städtetag
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen:
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Moritz Duncker
Durchwahl:
E-Mail:
Datum: 29.05.2024

„Globalbudget“ der Jobcenter (gE) oder das Kunststück, sprichwörtlich „Nackten in die Tasche zu greifen“

Sehr geehrte Herren Bundesminister Heil und Lindner,

die im Bundeshaushalt 2024 für den Verwaltungskostentitel und den Eingliederungstitel der Jobcenter veranschlagten Mittel erscheinen sehr unrealistisch. Um Ihre Zeit nicht über Gebühr zu beanspruchen, soll dies anhand weniger Zahlen und Rahmenbedingungen verdeutlicht werden:

Zahlen:

- | | |
|--|-----------------|
| - Ist-Ausgaben 2022: | 9,99 Mrd. Euro |
| - Soll-Ausgaben 2024: | 10,55 Mrd. Euro |
| - Bedarfsgemeinschaften April 2022: | 2,64 Mio. |
| - Bedarfsgemeinschaften April 2024: | 2,94 Mio. |
| - Erwerbsfähige Leistungsberechtigte April 2022: | 3,54 Mio. |
| - Erwerbsfähige Leistungsberechtigte April 2024: | 4,01 Mio. |

Rahmenbedingungen:

- Seit 2005 keine Anwendung angemessener Methoden unter sachgerechter und nachvollziehbarer Begründung der Personalbedarfsermittlung (VV Nr. 4.4.1 zu § 17 BHO)
- Einführung des Bürgergelds
- Erhebliche Inflation
- Tarif- und Besoldungssteigerungen
- Einführung des Job-Turbos
- Verlagerung der Förderung beruflicher Weiterbildung an die Agenturen für Arbeit (es zeichnet sich eine erheblich aufwandstreibende Gestaltung der Schnittstelle ab)
- Insbesondere die Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II), die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II) und die Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) sind längst nicht mehr in ausreichendem Umfang finanzierbar
- Tendenziell weiterhin steigende Fallzahlen

Wir weisen darauf hin, dass allein die Bundesagentur für Arbeit zum Jahreswechsel 2023/24 bereits 172,5 Stellen und 380 Ermächtigungen in Abgang gestellt und 325,5 kw-Vermerke realisiert hat. Die Realisierung zum Jahreswechsel 2024/25 anstehender weiterer 798,5 kw-Vermerke scheint angesichts dieser Unterfinanzierung unausweichlich. Längst erreichen uns darüber hinaus Nachrichten aus Jobcentern, die aufgrund der verfassungsrechtlich höchst fragwürdigen Verlagerung der Förderung der beruflichen Weiterbildung in den Beitragshaushalt der Sozialversicherung ab 2025 ihr derzeit beschäftigtes Personal nicht mehr finanzieren können. Das zur Verfügung stehende Umschichtungsvolumen im Eingliederungstitel wird nach Entzug der Mittel schlicht nicht mehr ausreichen.

Sehr geehrte Herren Bundesminister Heil und Lindner, wir appellieren eindringlichst an Sie, gehen Sie nicht als diejenige Bundesregierung in die Geschichte ein, welche die Jobcenter endgültig kaputtspart - steuern Sie im aktuellen Globalbudget nach und konzipieren Sie dieses für 2025 bitte endlich auskömmlich!

Hochachtungsvoll



(Moritz Duncker, Vorsitzender)